

W o r t e i t s

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Breis: halbjährlich 3.50 Mk., monatlich 1.30 Mk., wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1.30 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich. Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsteheftige Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das selbige Wort 20 Pf., (zählend 2 selbige Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. (zählend 15 Buchstaben zählen für zwei Worte). Interzess für die nächste Nummer wählen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 9. Juni 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Schluss im Reichstage.

Im Reichstage wurde gestern die Schlussitzung des diesmaligen Tagungsabschnittes abgehalten. Die Frage der Volksernährung und Rohstoffversorgung, die tags vorher angeknüpft worden war, wurde zu Ende beraten.

Der erste Redner war der Führer des liberalen Bauernbundes, Herr Dr. Böhm. Er witterte zwar gegen den Wucher, bezeichnete Preußen als den Stein des Anstoßes in der planmäßigen Regelung der Ernährungsfrage und forderte ein „energisches Eingreifen in die Produktion“, warnte aber im selben Atemzuge vor allzu durchgreifenden Mitteln, wie der allgemeinen Beschlagnahme der Lebensmittel und legelte in langen Partien seiner fast zweistündigen Ausführungen stark im agrarischen Fahrwasser. Der folgende Redner, Herr Dr. Koesike, der Direktor des Bundes der Landwirte, hielt natürlich eine von Anfang bis zum Ende überagrarische Rede. Er polemisierte heftig gegen die ausgezeichnete Rede des Genossen Hoffmann vom Tage vorher, die er in wenig verblümter Weise eine „Gehebre“ nannte. Er glaubte, die deutschen Kapitalisten und Großgrundbesitzer vor dem Vorwurf der Ausbeutung in Schutz nehmen zu sollen. Er bedauerte, daß vor dem Kriege die Schutzzölner nicht auch auf Futtermittel ausgedehnt war und suchte die Erhöhung der Kartoffelpreise im Frühjahr zu rechtfertigen. Zum Schlusse ritt er auf dem Umwege über England eine Attacke gegen den Reichskanzler. Nachdem darauf Unterstaatssekretär Dr. Stein die Verwertungs-Gesellschaft gegenüber dem Genossen Hoffmann in Schutz genommen hatte, hielt auch noch der Antisemit Rupp eine agrarische Rede.

Genosse Bumm als Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft ging darauf scharf ins Gericht mit der ganzen Lebensmittelpolitik der Regierung. Er ergänzte und unterstrich in nachdrücklicher Weise die tags vorher vom Genossen Hoffmann geäußerte Generalkritik, indem er zu den einzelnen Fragen der Volksernährung eine Fülle beweiskräftiger Anklagematerialien vorbrachte. So zur Brotversorgung, zur Kartoffelversorgung, zur Fleisch- und Fettversorgung, zur Höchstpreispolitik usw. In den Worten der Begeisterung für den neuen Präsidenten des Kriegsberührungsamtes goß Genosse Bumm das Wasser der Ernüchterung durch die Feststellung, daß Herr v. Batocki als Oberpräsident der Provinz Ostpreußen den Bauern die Zurückhaltung der Speisekartoffeln mit einem Hint auf zu erwartende höhere Preise empfohlen hat. Er kennzeichnete weiter das gleichgerichtete Wirken des Herrn von Oldenburg-Januschau, der die Landwirte gegenüber der Drohung mit der Kartoffelbeschlagnahme mit Gemütsstärke an die Tatsachen erinnert hat, daß Papier geduldig, der preussische Landwirtschaftsminister ein Agrarier und die Landratskaste als Ausführungsorgan durchaus vertrauenswürdig sei.

Besonders angelegen sein ließ sich Genosse Bumm die Verteidigung der Gemeindeverwaltungen gegen die vielen Vorwürfe, daß sie in der Lebensmittelversorgung versagt hätten, während in Wirklichkeit die unter agrarischem Einfluß stehenden Regierungsorgane die Verantwortlichen seien; diese Kreise möchten den Unwillen der Bevölkerung auf die Gemeindeverwaltungen ablenken. Sehr treffend hob Genosse Bumm hervor, daß der Krieg der Frauennwelt mit furchtbarem Eindringlichkeit gelehrt habe, wie eng Stoff und Politik miteinander in Beziehung stehen, woraus sich hoffentlich nach dem Kriege eine regere Anteilnahme der Frauen am öffentlichen Leben ergeben werde. Er schloß mit dem Wunsche, daß das Volk selber bald Gelegenheit bekommen möge, mit dieser ganzen Politik abzurechnen, die so wie bisher unmöglich weitergehen könne.

Ein Schlusstrang schnitt nunmehr der gemeldeten zweiten Rednerriehe das Wort ab. Genosse Haase verwies dann zur Geschäftsordnung darauf, daß nach einer Neuherung des Berichterstatters, des Grafen Westarp, noch eine besondere Debatte über die Lederfrage stattfinden müsse, zu der Genosse Simon, der Vorsitzende des Deutschen Schuhmacherverbandes, zu reden beabsichtigt hatte. Auch Genosse Scheidemann sprach im selben Sinne und Genosse Ledebour stellte einen entsprechenden Antrag. Nach anfänglichem Sträuben der bürgerlichen Parteien wurde diesem Verlangen schließlich stattgegeben. Vorher mußte das Haus aber noch ein halbständiges, wenig burgfriedliches persönliches Gezänk zwischen den fortschrittlichen Agrariern Dr. Wendorff und Hegter auf der einen und Herrn Dr. Koesike auf der anderen Seite anhören. Genosse Hoffmann machte sodann einige persönliche Bemerkungen, wobei er besonders gegenüber den ihm persönlich gemachten Vorwürfen feststellte, daß er im Einverständnis mit seiner Fraktion gesprochen habe.

Sodann hielt Genosse Simon eine scharfe Rede gegen den unerhörten Lederwucher, bei dem eine Handvoll Großkapitalisten Millionengewinne eingeheimst hat, während der Zivilbevölkerung geradezu unerwünschlich hohe Schuhe und Lederpreise abgedreht worden sind. Genosse Simon übte auch an der Kriegskriegsleiter-Gesellschaft herbe Kritik, die völlig von kapitalistischen Interessenten beherrscht werde. Er zeigte, wie

auch beim Ledertwucher letzten Endes das privattkapitalistische Profitsystem die Ursache ist und er schloß mit der Versicherung, daß unser Kampf auch fernerhin der Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gelten werde.

Für einen Schlusstrang sprach Spahn brachten die bürgerlichen Parteien bei der schwachen Befragung des Hauses nicht mehr die nötigen 30 Mann zur Unterstützung auf, und so kam noch der Antisemit Werner Gießen zum Wort, der eine längere Rede über allerlei Wucherpraktiken in der Lederbranche hielt. Es sprachen schließlich noch zwei Vertreter des Kriegskriegsministeriums kurz zu diesen Dingen, die im Prinzip ebenfalls die Wucherei verurteilten und in mancherlei Punkten Abhilfe zusagten. Damit war die Debatte geschlossen. Die Anträge der Budgetkommission zur Ernährungsfrage wurden sämtlich angenommen, darunter auch gegen die Stimmen der Fortschrittler und der beiden sozialdemokratischen Fraktionen ein agrarischer Liebesgabenantrag auf Zahlung erhöhter Gafertpreise mit rückwirkender Kraft. Der Rest der Tagesordnung, Resolutionen und Petitionen wurde abgelehnt.

Damit war das Ende der Sitzung gekommen. Nachdem der Bizekanzler Dr. Helfferich die Order über die Vertagung des Reichstages bis zum 26. September verlesen, hielt Präsident Kaempf die übliche Schlusrede, bei der nur etwa zwanzig Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion im Saale blieben. Um 6 1/2 Uhr wurde die Sitzung geschlossen und der Reichstag in die Sommerferien entlassen.

Abgeordnetenhaus und Lebensmittelfragen.

Das preussische Abgeordnetenhaus nahm am Donnerstag den Bericht seiner verstärkten Haushaltskommission über die Lebensmittelfragen entgegen. Ursprünglich bestand die Absicht, nur die beiden Berichterstatter, die Abgg. Dr. Hoesch (L.) und Lippmann (Sp.), die von uns bereits mitgeteilten Kommissionsanträge begründen zu lassen und dann ohne jede Erörterung zur Abstimmung zu schreiten. Diesen Plan, der den berechtigten Interessen und Wünschen der Bevölkerung widerspricht, durchkreuzte Genosse Hoyer, der in groß angelegter, von Sachkunde getragener Rede die ganze Lebensmittelpolitik im Reiche und in Preußen einer vernichtenden Kritik unterzog und schlagend nachwies, daß die maßgebenden Stellen dadurch, daß sie die Vorschläge der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften nicht beachtet haben, die heute unhaltbar gewordenen Zustände verschuldet haben. Wenn Hoyer auch zugab, daß die landwirtschaftlichen Produktionskosten gestiegen sind, so bestritt er doch, daß die Steigerung zu so hohen Preissteigerungen berechtigt, wie wir sie heute vor uns sehen, um so weniger, da die ländlichen Arbeitskräfte im Kriege sogar billiger geworden sind. Unser Genosse begnügte sich natürlich nicht mit bloßen Behauptungen, sondern er war auch imstande, schlüssige Beweise für jedes seiner Worte zu erbringen. Scharfe und schwere Anklagen erhob er gegen den Wucher, ohne jedoch auf der anderen Seite zu verkennen, daß die Landwirtschaft jetzt den Wucher als Prügelnaben benutzt, um das Volk darüber hinwegzutäuschen, daß es 40 Jahre lang umsonst die Agrarzölle gezahlt hat. Der Friedensappell, mit dem unser Genosse seine Rede schloß, gab den beiden Berichtstattern, die, da sonstige Redner nicht das Wort ergriffen, sofort nach ihm zu Worte kamen, Veranlassung, sich in hochtönenden Reden und Angriffen gegen die Sozialdemokratie zu ergehen — ein Versuch, den Genosse Pirsch als mißbräuchliche Ueberschreitung der Befugnisse der Referenten kennzeichnete. Die Abstimmung ergab die einmütige Annahme der Ausschussanträge.

Debattenlos erledigte das Haus sodann noch durch Kenntnisnahme die Denkschrift über Ostpreußen und genehmigte einige auf Grund des Artikels 63 der Verfassungsurkunde erlassenen Verordnungen. Zu Beginn der Sitzung hatte es dem Antrage der Regierung auf Vertagung des Landtags vom 9. Juni bis zum 14. November zugestimmt, doch wird die Vertagung infolge des zu der Steuervorlage gefassten Beschlusses des Herrenhauses erst Ende d. M. eintreten können.

Heute Freitag findet die letzte Sitzung vor Pfingsten statt.

Im preussischen Herrenhaus,

das am Donnerstag wieder zusammentrat, erklärte der Präsident Graf Arnim zunächst, daß der Antrag der Regierung auf Vertagung vom 9. Juni bis 14. November nur den frühesten Termin für die Vertagung bestimme, aber das Herrenhaus nicht in seiner Freiheit hindern könne, auch nach Pfingsten zusammenzutreten. Das Haus werde auch von dieser Freiheit Gebrauch machen. So wird es in der Tat auch sein, denn am Schlusse der Donnerstagssitzung vertagte sich das Herrenhaus auf den 20. Juni, um dann die vom Abgeordnetenhaus bereits angenommene Vorlage über die Erhöhung der Steuerzuschläge zu beraten, die vom Herrenhaus abgeändert werden sollen.

Aus der Donnerstagssitzung selbst ist mitzuteilen, daß Freiherr v. Wissing seinen Antrag auf planmäßige Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, insbesondere durch Aufklärung der Jugend, begründete. Der Kultusminister hatte jedoch Bedenken gegen die Mitwirkung der Schule; er will diese Aufgabe in erster Linie dem Elternhaus und den Kräften der Moral und Religion zuweisen. Schließlich wurde

der Antrag mit einer vom Fürstbischof Dr. Vertram begründeten Aenderung angenommen. — Es folgte dann ein Antrag des Prof. Gillebrandt-Breslau, der verlangt, daß das Studium ausländischer Sprachen und Verhältnisse auf den höheren Schulen verbessert werde. Oberbürgermeister Dr. Rißmüller-Dönnabrid benutzte diese Gelegenheit, um für die Friedenszeit eine gründliche Schulreform zu verlangen. Der Kultusminister erklärte, daß für grundstürzende Aenderungen unseres „ausgezeichnet bewährten Schulwesens“ ein Anlaß nicht vorliege, und daß der Antrag selbst zwar wohlwollend geprüft werden solle, daß aber im Kriege eine Aenderung nicht stattfinden werde. Darauf wurde auch dieser Antrag angenommen.

Stürmische Kammeritzung in Frankreich.

Bern, 7. Juni. (W. T. V.) „Reit Journal“ berichtet über die gestrige Sitzung der französischen Kammer: Zu Beginn der Sitzung brachte Albert Fabre unter allgemeiner Bewegung eine Interpellation über die Verantwortlichkeiten ein, die sich aus der gegenwärtigen militärischen Lage ergeben. Ministerpräsident Briand forderte vom Redner Verzicht auf die Erörterung seiner Interpellation unter Hinweis auf die im Heeresauschuss möglichen Aufklärungen. Fabre lehnte dies ab und erklärte, es müsse endlich einmal frei herausgesprochen werden. Es handle sich hier nicht nur um eine spekulative Erörterung der Vorgänge bei Verdun. Wir wollen vielmehr, fuhr der Redner fort, aus gewissen Feststellungen gewisse Schlüsse ziehen, die gewisse Entscheidungen mit sich bringen. (Wiederholter Beifall links.) Den Verhandlungen im Heeresauschuss vermag ich keinen ernsthaften Hintergrund zuzuerkennen; was gefordert wird, wird nie gewährt, so daß z. B. der Berichterstatter des Ausschusses Abel Ferry sein Amt lieber niederlegte, als sich zu einem solchen Wechselspiel herzugeben. (Bewegung.) Solche Verschleppungsmanöver sind weder Briands noch unserer selbst würdig. (Beifall auch rechts.) Jede Stunde ist für das Heil des Landes wichtig. Wir haben genug von dieser verderblichen Atmosphäre, diesem drückenden Alb. Wir wollen Wahrheit, die Kammer hat ein Recht darauf. (Andauernde Bewegung.) Briands Verschleppungsmanöver würden uns dahin führen, über den Krieg zu reden, wenn er zu Ende ist. (Lebhafter Beifall.)

Zu der Interpellation Favres in der Kammer bringt „Matin“ noch folgende Einzelheiten: Als der Redner davon sprach, daß es sich für ihn um keine strategische Erörterung der Lage bei Verdun handle, sondern einfach um eine Vorgesprechung, welche Methoden den Deutschen entgegenzusetzen seien, sagte er u. a.: Weil wir wissen, daß dem ersten Kanonenschuß vor Verdun eine lange Vorbereitung seitens der Deutschen vorherging, beabsichtigen wir zu prüfen, was unsererseits dagegen getan wurde. (Beifall auf einigen Bänken.) Die Gerüchte werden immer stärker, daß die schweren Verluste, die wir erlitten, gewissen Nachlässigkeiten und mangelnder Voraussicht zur Last fallen. (Beifall.) Bei diesen Worten beugte sich der Kammerpräsident Deschanel zum Redner, anscheinend um ihm Mäßigung anzuraten, was zahlreiche Abgeordnete zu heftigen Rufjungen veranlaßte: Sie haben kein Recht, Favre das Wort abzuschneiden! Der Redner fuhr fort: Es handelt sich um gewisse Methoden im Kommando, die in dieser Debatte ein für allemal verurteilt werden müssen, ebenso wie die Führer, die sich ihrer bedienen. Der Redner geißelte schließlich die Haltung Briands zu dem Antrag auf Abhaltung einer Geheimitzung. — Dem „Matin“ zufolge war der Zwischenfall nach einem nochmaligen Eingreifen Briands erledigt, worauf die Kammer eine Geheimitzung für den 16. Juni beschloß.

Die Anträge Turatis abgelehnt.

Rom, 8. Juni. (W. T. V.) Meldung der Agenzia Stejani. Die Kammer hat nach zweitägiger Debatte über die Anträge Turatis und Gen. betreffend die Internierung verdächtiger Bürger und nach einer mit Beifall aufgenommenen Rede Salandras gemäß seinem Wunsche den Antrag Turatis in namentlicher Abstimmung mit 211 gegen 45 Stimmen abgelehnt.

Bern, 8. Juni. (W. T. V.) Italienischen Blättern zufolge wird der Senat am Dienstag zu einer öffentlichen Sitzung zusammenzutreten.

Bei der Abstimmung der Kammer über den Antrag Turati betreffend die Internierten enthielten sich „Corriere della Sera“ zufolge sämtliche Katholiken der Abstimmung. Ungefähr 20 Abgeordnete, darunter auch Republikaner, verließen bei Beginn der Abstimmung die Kammer.

Zur Haltung der serbischen Sozialisten.

Einem Belgrader Bericht des Kriegsberichterstatters der Wada-pfester „Volkstimme“, Franz Söndör, entnehmen wir einige weitere Einzelheiten über den Kampf und die jetzige Haltung der serbischen Sozialdemokratie.

Das Verhalten der Sozialdemokratie Serbiens, schreibt er, war bis zum letzten Augenblicke friedensfreundlich. Die „Arbeiter-Zeitung“, die später nach dem Verbote der Regierung unter dem Titel „Zukunft“ erschien, fand trotz der Zensur noch immer den Weg gegen den Krieg Stimmung zu machen und ihr Wort wurde bis in die Schützengraben hinein gehört. Die nach Riisch verlegte Redaktion des serbischen Partei-

Ernährungsfragen im Reichstage und im Abgeordnetenhaus

Reichstag.

62. Sitzung. Donnerstag, den 8. Juni 1916, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dr. Helfferich. Die Erörterung über die Ernährungsfragen

Ernährungsfragen

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Böhme (nall.):

Was der Kollege Hoffmann gestern über den Zucker und die milden Strafen gegen Zuckerverbraucher gesagt hat, trifft in der Tat etwas, was in den weitesten Kreisen Mitleid erregt hat. Gegen diese Beschlüsse am Körper unserer Volkswirtschaft hätte auch der Staatssekretär kräftige Worte finden sollen. Gewiss sind an unseren Mängelständen in erster Linie die schlechten Ernten schuld, aber doch auch Mängel der Organisation. Leider war die Gesundheit des Staatssekretärs Dr. Delbrück schon erschüttert, so daß er den Einflüssen, die von Preußen aus eine sachgemäße Regelung der Ernährung hinderten, nicht den nötigen Widerstand entgegenzusetzen konnte.

Abg. Dr. Köstke (l.):

Entschiebener Vertauung muß ich gegen die von sozialdemokratischer Seite gefällene Äußerung einlegen, daß die amerikanischen Kapitalisten die fremden Völker ausbeuten, die Deutschen aber das eigene Volk. Wie kann man derartige Aussagen angesichts der Tatsache, daß die Vorräte in gleicher Weise verteilt werden, Gutter hat der Arme, nicht aber der Reiche.

Abg. Dr. Köstke (r.):

Ausbeutung ist nicht deutsche Art. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Kapitalistische Ausbeutung, die Sie meinen, ist...). (Zuruf bei den Sozialdemokraten: international, zuruf rechts: also nicht deutsch.) Herr Hoffmann bemängelte den Gewinn der Vereinigten Pommerschen Meiereien von 200 000 M. bei 100 000 M. Kapital. Als ob es hier auf das Kapital nicht auf den Umsatz ankäme, der 25 Millionen betrug.

Vizepräsident Dove

ruft den Abg. Fegter wegen fortgesetzter Zwischenrufe zur Ordnung.

Abg. Dr. Köstke (fortfahrend):

Die Sozialdemokraten sprechen immer von den teuren Preisen. An die Verteuerung der Produktionskosten denken sie nicht. Ein junger sechzehnjähriger Junge verlangte bei mir für sechs Monate bei voller Verpflegung 800 M. (Zuruf: hört! rechts.) Der wahre Zucker steht im Kettenhandel. Eine Konfektfabrik, die in Berlin für 0,65 M. gekauft wurde, wurde in Dresden für 2,70 M. verkauft. (Zuruf: hört! rechts.) Das neue Kriegsernährungsamt wird nicht von einem Zentralpunkt aus das ganze Reichsgebiet versorgen können, ein solcher Versuch mülte zu einem Hinfabbrücken führen.

durch genügenden Vorrat

für verstärkten Anbau von Futtermitteln gesorgt hätte. Bei der Kartoffelversorgung hat man zwei Jahre lang alle Erfahrungen einfach in den Wind geschlagen. (Zuruf: richtig! rechts.) Wäre man im Frühjahr nicht zur Erhöhung der Preise geschritten, so wäre eine Katastrophe ereignet worden. Herr Areth hat die Preissteigerung im allgemeinen Interesse empfohlen; die gegenteilige Behauptung des Herrn Hoffmann kann ich hier nur als Irrtum bezeichnen, außerhalb des Hauses würde ich sie anders bezeichnen.

Können wir keinen Frieden erbetteln, sondern zum Frieden kommen wir nur, wenn wir unsere Macht entfalten. Auch neutrale Staaten fangen an zu begreifen, daß wir Englands Brutalität und teuflischen Plan gegenüber alle unsere Nachmittel anwenden müssen. Den Sieg können wir nur erringen, wenn wir Englands Lebensnerve treffen. Das tun wir nicht, wenn wir unsere Nachmittel auf die Kammer legen. (Weisfall rechts.) Wer demgegenüber von Kriegshebern spricht, versteht die Sorgen erster väterländisch gesinnter Männer nicht.

Unterstaatssekretär Stein

nimmt die Gerstenverwertungsgesellschaft gegen die Angriffe des Abg. Hoffmann in Schutz. Offenbar haben Herrn Hoffmann die zureichenden Unterlagen gefehlt. Nachdem er sie erhalten, müßte man von seinem Gerechtigkeitsstirn die Zurücknahme der Angriffe erwarten.

Abg. Rupp (Deutsche Fraktion):

Den letzten Worten des Abg. Köstke stimme ich aus vollem Herzen zu. Die Hauptschuld an der Not, soweit sie vermeidbar war, trägt der Zwischenhandel mit seinen Miefengewinnen, den unsauberen Elementen, die sich da hineindrängen, muß man gründlich das Handwerk legen. (Zuruf rechts: Das ist der Segen der Freizügigkeit.) Schuld am Miefemangel haben auch die zum Teil riesenhaften Aniamlungen der großen Städte. Man darf auch nicht an den Miefengewinnen der Großmühlen achtlos vorbeiziehen, wenn man die Ursachen der Nahrungsmittelverzehrung erkennen will. Angesichts der starken Wertschwankungen muß Abhilfe geschehen, es muß zum Abschuh des Wildes in geeigneter Weise den Förstern Urlaub erteilt werden.

Abg. Wurm (Soz. Arb.):

Der Staatssekretär Helfferich nannte die Organisation unserer Ernährung eine Grobst. Ich werde nachweisen, daß ein Mehr von grundlegenden Fehlern als bei dieser Regelung oder vielmehr Nichtregelung gar nicht vorstellbar ist, und auch die Bezeichnung des Herrn Köstke, daß wir hier den Teufel spielen, soll mich daran nicht hindern. Die Agrarier sind ja die schloßweisen Unzulänglichkeiten und halten den Burgfrieden. Im Volke sagt man freilich: Burgfriede ernährt die Agrarier. (Zuruf: weiter und weiter bei der Soz. Arb.)

1900 Gramm Brot werden pro Kopf der Bevölkerung gegeben, das macht 7 Millionen Tonnen Getreide. Wo sind die anderen 6 Millionen geblieben? Man hat eben neben der Reichsgetreidestelle den Selbstversorgungsvorhaben mit Rücksicht auf die Interessenten die Versorgung von zwei Drittel der Bevölkerung überlassen, und zwar ohne jede Kontrolle, und daher ist so außerordentlich viel Getreide als Viehfutter verwendet. Das hat der Staatssekretär im vorigen Jahre selbst zugegeben. Es wurde Brotgetreide verfüttert, weil der Viehpreis im Verhältnis zum Preise des Roggens und Brotes in die Höhe getrieben war. Wenn das Geld im Kasten klingelt, so helfen alle ethischen Ermahnungen und alles patriotische Gekröne nichts.

Miniere Kartoffelernte war besser wie seit 20 Jahren. Trotzdem bekommt die Bevölkerung keine Kartoffeln. (Zuruf rechts: Der Frost!) Bei diesem Wetter spricht man von Frost! (Große Heiterkeit.) Hochgerechnet reichen 18 Millionen Tonnen zum Verbrauch aus, also ein Drittel der Ernte. Wo sind die anderen zwei Drittel? Wer das erkennen will, muß sich durch das Wirrwarr von Verordnungen durcharbeiten. Der verlassene Staatssekretär des Innern sagte sehr richtig: Typisch für alle Schwierigkeiten, die sich bei halben Maßnahmen ergeben, ist die Kartoffelfrage. Die Reichsartoffelstelle war bei ihrer Gründung ohne jede Macht. Sie hatte nur die sogenannte Verfügung, die Landwirte unter 10 Hektar Weitz sollten 10 Proz. zurückhalten, das wären 4 Proz. der Ernte gewesen.

Verdoppelung der Höchstpreise

brachte. (Zuruf: hört! links.) Außerdem war die Geeresverwaltung an die Höchstpreise nicht gebunden, und da soll der Bauer nach der Stadt zu niedrigeren Preisen liefern! Ein Oberpräsident (schrieb im Dezember vorigen Jahres, daß die Abgabe von Speisesartoffeln bei den augenblicklichen Preisen einen erheblichen Nachteil bedeuten würde. Er reizte also direkt zur Zurückhaltung der Kartoffeln an. Das war der Oberpräsident von Ostpreußen, Herr v. Watoekl, der neue Präsident des Kriegsernährungsamtes. (Zuruf: hört! links.) Als dann die Verordnung kam, daß nichts zurückgehalten werden soll, hat sich natürlich kein Bauer darum gekümmert, sondern einfach gesagt: Da laß ich über! Bei den neuen Höchstpreisen ist nicht einmal erst der Bundesrat gefragt worden, in der Sächsischen Kammer erklärte der Minister, der Reichsanstler habe sie allein gemacht, die sächsische Regierung könne diese Erhöhung nicht vertreten, sie sei damit überempelt worden.

steigen; die Kartoffel ist heute für das Volk das einzige Nahrungsmittel, mit dem man sich sättigen kann. (Zuruf: wahr!) Das ist ein Jammer, denn ein kräftiger Nachwuchs und Aufwuchs kann damit bei den Menschen so wenig wie beim Vieh erzielt werden.

Bei der Fleischversorgung haben wir selber Mängel. Zunächst hat die Regierung gar nicht getan und die Preise bis zum Wahnsinn steigen lassen. Das war ja auch ein Grund, warum man soviel Kartoffeln und Getreide veräufertete. Dann versuchte der Bundesrat, mit der Aufforderung zur Schweineabachtung einzufahren. Es ist ein blamabler Irrtum, daß diese Abachtung den Mangel hervorgerufen hat. Am 1. Dezember 1914 gab es freilich 9 Millionen Schweine mehr als am 1. April 1915. Aber auch in Friedenszeiten werden in dieser Zeit 7 1/2 Millionen Schweine geschlachtet. Freilich fehlten die 9 Millionen, während sie in Friedenszeiten nicht fehlten. Das rührt daher, daß jetzt weniger Schweine geboren wurden, und zwar wegen der Futtermittel. Die Abachtung dagegen war eine durchaus richtige Maßregel, nur hätte die Durchführung nicht dem Welleben der Einzelnen überlassen werden dürfen. Um den Fleischmangel der Städte zu mildern, haben diese Verträge mit den Lieferungsverbänden geschlossen. Hier hätte die Regierung eingreifen sollen, um die Produzenten und Konjumenten aneinander zu bringen. Statt dessen hat man Zwangs syndikate der Viehhändler geschaffen. Das ist der größte Fehler, der gar nicht schnell genug beseitigt werden kann. Berlin hat nur einen kleinen Teil des Viehs geliefert bekommen, der ihm vertraglich zugesichert war. Schon seit einem Jahr verlangen wir eine Reichsfleischverteilung und eine Reichsfleischkarte. Sie wird abgelehnt, weil Preußen dagegen ist. Sachsen, Bayern, Baden haben die Landeskarte mit gegenseitigem Austausch. Nur Preußen will nicht. Der Pommerische Viehhändlerverband hat von Berlin eine Million Mark verlangt, und zwar zinslos unter der Bedingung, sonst auch nicht ein Stück Vieh mehr zu liefern.

Mißstimmung gegen einen Reichstag ergriffen,

der sich das gefallen läßt. (Zuruf: sehr wahr! links.) Die Spirituszentrale hat jetzt ein Projekt durchgesetzt, das sie im Frieden nicht durchsetzen konnte. Wir haben ein Monopol bekommen und zwar ein Monopol einer Privatgesellschaft. (Zuruf: hört! links bei den Sozialdemokraten.) Freilich kommandierte die Zentrale bisher schon Rumstohl aller Brennereien. Jetzt hat sie auch den Rest noch unter ihre Obhut bekommen und kann die Preise und Prämien nach Gutsdanken bestimmen und die Kleinen kaputt machen. Soll der Reichstag dazu stillschweigen? Bei der augenblicklichen Walfestimmung wird er ja nichts sagen, aber im Herbst sehen wir uns wieder und ich rechne darauf, daß die Regierung uns dann einen Rechenschaftsbericht geben wird über die Art, wie die Spirituszentrale ihren Befugnissen nachkommt.

An der Hand der Tatsachen habe ich Ihnen gezeigt, wie richtig die Behauptung meines Parteifreundes Hoffmann war, daß alles, was geschehen und was nicht geschehen ist, bei dieser angebliebenen Großtat der wirtschaftlichen Organisation zu den schweren Mängeln geführt hat. Alles das ist in erster Linie in Verbindung der Interessen der landwirtschaftlichen Interessenten geschehen. Der Krieg darf aber für die Produzenten so wenig wie für die Händler eine gute Konjunktur für gute Geschäfte sein. (Zuruf: wahr! bei den Soz.) Herr v. Watoekl sagte, man darf die Produzenten nicht verärgern. Gewiss, aber auch die Bevölkerung darf nicht verärgert werden, und der Produzent darf doch darüber nicht verärgert sein, daß er keinen Zuckerertrag machen soll. (Zuruf: richtig! bei den Soz.) Man hat im Gegensatz zu unseren Anträgen seit Beginn des Krieges beim Anbau in der Landwirtschaft Willkür herrschen lassen, nur geregelt durch den Anreiz zu hohen Preisen. Der Krieg hat nicht erzwungen, daß die Schugzölle gut sind, sondern daß sich nicht erzwungen läßt, was von Natur aus unmöglich ist. Höchstpreise ohne Beschlagnahme sind geradezu ein Anreiz zur Auswanderung der Bevölkerung. (Zuruf: wahr! bei der Soz. Arb.) Die Preisprüfungsstelle ist eine stumpfe Waffe, denn dort dominieren die Interessenten und die Sachverständigen, die auch Interessenten sind. (Zuruf: richtig! b. d. Soz. Arb.) Die Gemeinden sind machtlos, weil ihre Selbstverwaltung nicht ausreichend ist. Wenn Sie den Gemeinden das allgemeine Wahlrecht (Zuruf: Weisfall bei den Sozialdemokraten), dann wird es besser werden. Notwendig ist eine Regelung der Produktion nur im Interesse der Verbraucher, Sonderausnahme in Stadt und Land durch wirklich unparteiische Organe, nicht durch die Landräte oder Amtsdorfsleiter. (Zuruf: richtig! bei den Sozialdemokraten.) Regelung des Bezuges und dann erst, wenn alle diese Vorbedingungen erfüllt sind, Regelung des Verbrauchs. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.) Unter der jetzigen großen Teuerung leiden besonders die Arbeiter

Die Erhaltung der diesjährigen Obsterte.

Die preussischen Resorptminister haben vor einigen Tagen folgende Richtlinien für die Erhaltung der diesjährigen Obsterte bekanntgegeben:

Die in diesem Jahre der Bevölkerung zur Verfügung stehenden geringen Zudermengen zwingen unbedingt dazu, die Obsterte in weitestgehendem Umfange ohne Zucker zu erhalten...

Da Zucker eingemachtes Obst einerseits nicht nur süßt, sondern auch haltbar macht, und da andererseits zuckerarmes, eingemachtes, aber nicht sterilisiertes Obst leicht verdirbt (gärt, essigstichig wird usw.), ist in den Fällen, wo Zucker angewendet wird, nicht etwa an Zucker zu sparen, sondern nach bewährten bisherigen Vorschriften zu verfahren.

Kepfeln und Birnen werden, soweit sie im natürlichen Zustand längere Zeit haltbar sind, zweckmäßig in dieser Form in geeigneten Räumen aufbewahrt und erst allmählich unmittelbar bearbeitet oder verzehrt.

Im übrigen empfiehlt es sich, Kapseln, Birnen und Pfäumen in möglichst großem Umfange zu trocknen (in Backöfen, Bratöfen usw.), da getrocknetes Obst im Laufe des Jahres nach verschiedenen Richtungen hin Verwendung finden kann.

Unreife Stachelbeeren, reife (aber nicht überreife) saure Kirichen (mit einem Tuch sauber abgewischt) und Rhabarberstengel (in kleine Stücke zerschneiden) lassen sich in gut verschlossenen Flaschen ohne zudorige Erhaltung längere Zeit in sehr kühlen Räumen aufbewahren (die fest eingefüllten Rhabarberstängel und unreifen Stachelbeeren können auch zunächst mit abgekochtem und dann erkaltem Wasser übergossen werden).

In den sonstigen Fällen kommt Erhaltung und, soweit Sterilisation nicht durchführbar ist, Anwendung eines chemischen Konservierungsmittels in Betracht, um eine haltbare Dauerware zu bekommen.

Die Sterilisierung bezweckt die Vernichtung der vorhandenen Fermentsbakterien (Bakterien) sowie die Verhinderung des Eindringens weiterer dazugehöriger Kleinlebewesen. Infolgedessen kommen für die Sterilisierung im Haushalte Gefäße mit entsprechendem Verschluss (Weckgläser, Glasflaschen mit gut schließenden Vercladen oder verpackten Korlen sowie mit Gummiverchlüssen — sogenannte Vakuumflaschen) in Betracht. Als Korke können auch alte, zunächst in kaltem Wasser einzuweichen und alsdann kurze Zeit (eventuell unter Zusatz von etwas Salzsäure) gelöste Korke Verwendung finden; lange Korke — z. B. von Weinsäure — können in mehrere dicke Scheiben zerlegt werden und so zum gleichzeitigen Vercladen mehrerer Flaschen dienen. Zum Vercladen ist nicht nur Flaschenlad, sondern auch Weck und Harz geeignet.

Als chemische Konservierungsmittel kommen nur solche in Betracht, deren Genuß in den zur Haltbarkeit erforderlichen Mengen die menschliche Gesundheit zu gefährden nicht geeignet ist.

Es sind dies Benzoesäure und auch Ameisensäure. Benzoesäure wird am zweckmäßigsten als Benzoesäure-Natron benutzt, ein weißes Pulver, das sich leicht dosieren läßt, und von dem 1 Gramm auf 1 Kilogramm Fruchtmass, eingedickter Fruchtstamm und dergleichen zur Haltbarmachung genügt. Mehr als 15 Gramm auf 1 Kilogramm Masse usw. sollten jedenfalls vermieden werden. Es ist zweckmäßig, sich die von Fall zu Fall erforderlichen Mengen an Benzoesäure-Natron in der Apotheke beim Einkauf abwiegen zu lassen, weil hierfür im allgemeinen im Haushalte geeignete Waagen nicht zur Verfügung stehen.

Am Ameisensäure ist mehr erforderlich als an Benzoesäure, und zwar etwa 0,25 Proz. Hierbei ist zu beachten, daß die Ameisensäure des Handels eine wässrige Lösung von Ameisensäure darstellt. Die in den Apotheken erhältliche Arzneibuchware ist 2-prozentig. Von dieser ist demnach 1 Proz. erforderlich. Es kommen mithin auf 1 Pfund Masse, ungedickter Fruchtstamm usw. 5 Gramm, auf 1 Kilogramm 10 Gramm der Arzneibuchware. Auch bei diesem Mittel ist es das Zweckmäßigste, sich die von Fall zu Fall erforderliche Menge in der Apotheke genau abwiegen zu lassen.

Die chemische Haltbarmachung ist allerdings nur da zu empfehlen, wo die üblichen Verfahren aus Mangel an geeigneten Gefäßen oder aus anderen Gründen nicht anwendbar sind, weil es erstrebenswert ist, Obstdauerwaren möglichst naturrein herzustellen.

Zum Sterilisieren dürfen nur sehr sorgfältig gereinigte Flaschen und Pfäumenverschluss Verwendungen finden. Die Korke werden wie bei Weckgläsern fest vercladet, und das Erhitzen der Flaschen mit Inhalt erfolgt in einem Wasserkade. Zu dem Zweck werden die Flaschen mit Papier, etwas Holzwolle oder Stroh umwickelt, fest nebeneinander in einen Kochtopf gestellt, der soviel Wasser enthält, daß die Flaschen etwa zu drei Vierteln im Wasser stehen und dann der Topf zugebückt und auf Feuer gebracht. Sobald das Wasser kocht und auch der Pfäumeninhalt entsprechend erhitzt ist, läßt man noch etwa 10 Minuten kochen, stellt ab dann den Topf beiseite, bis Abkühlung erfolgt ist. Bei säurearmen Früchten (z. B. Himbeeren) ist es zweckmäßig, die angegebene Erhaltung noch zwei Tagen nochmals für kurze Zeit zu wiederholen. Unmittelbar nach der endgültigen Sterilisierung werden die Pfäumen sorgfältig getrocknet und vercladet.

In der angegebenen Weise lassen sich verschiedene Früchte, Fruchtstücke, Fruchtstücke, Rhabarber und dergleichen haltbar machen. Die Flaschen müssen demnach möglichst kühl, also tunlichst in einem Keller oder in einem anderen kühlen Raum aufbewahrt werden.

Pfäumen, Birnen und Äpfel aus reifem Obst läßt sich z. B. kurz einschalen (so fest es sich schneiden läßt) und in gut mit dickem Papier überbundenen Kontöpfen aufbewahren, wenn diese unmittelbar nach dem Einfüllen des heißen Wassers kurze Zeit in einen Bratofen gestellt werden, bis sich auf der Oberfläche durch Eintrocknung eine Kruste gebildet hat. Zweckmäßig ist es allerdings, diese Kruste mit einer dünnen Gärtschicht zu überziehen.

Bemerkt wird noch, daß die Bevölkerung in der Lage ist, sich ungequartete Obstkonservern demnach beim Genuß nach Belieben mit den ihr regelmäßig zur Verfügung stehenden Zudermengen nachzuführen, und daß sich insbesondere auch gemischte Konservern ohne jeglichen Zudersatz recht schmackhaft herstellen lassen.

einer Resolution wird der Magistrat ersucht, zu erwägen, ob und in welcher Weise es möglich ist, bei der Umgestaltung der öffentlichen Armenpflege eine engere Bindung mit der privaten Armenpflege herbeizuführen.

Zu den Kosten der vom Rulle-Schäuberband geplanten Neuregulierung des Grohbeerener Grabens bewilligt die Versammlung einen Beitrag in Höhe des vierten Teils der tatsächl. entstehenden Kosten bis zum Höchstbetrage von 130 000 M.

Der Zentralaustunftsstelle der Arbeitsnachweife für Berlin und die Provinz Brandenburg wurden für 1916 als Zuschuß 4250 M. bewilligt.

Von Frau Direktor Winden sind infolge einer Anregung bei der Kriegstagung der deutschen Blindenanstalten 10 000 M. als Grundstock für eine Blindenbibliothek nach Hamburger Muster im Anschluß an die städtische „Blindenanstalt“ gestiftet worden.

Die Versammlung erklärte sich mit der Annahme der Stiftung, die als Grundstock einer Bibliothek für akademische Blinde Verwendung finden soll, einverstanden.

Schluß der öffentlichen Sitzung 6 Uhr.

Aus Groß-Berlin. Die Massenspeisung in Berlin.

In den nächsten Tagen werden zur Feststellung, in welchem Umfange das Bedürfnis und die Beteiligung an der Massenspeisung durch die Stadt Berlin besteht, in allen Berliner Häusern Hauslisten verteilt werden, in denen diejenigen Hausbewohner, die an der Massenspeisung teilnehmen wollen, sich einzutragen haben. Die Listen sind in der Zeit vom 15.—17. Juni auszufüllen, die ausgefüllten Listen bis spätestens 19. Juni bei der zuständigen Prok Kommission abzugeben. Sie tragen an ihrem Kopf folgenden Aufstrich:

Städtische Speisungen.

Der Magistrat beabsichtigt, im gesamten Stadtgebiet von Berlin Volksspeisungen einzurichten. Anfang Juli soll für einen Stadtteil die 1. Zentralküche mit Speiseausgabestellen eröffnet werden. Gleich Einrichtungen für die anderen Stadtteile sollen nach Maßgabe der uns überwiegenen Nahrungsmittel baldigt folgen. Das Essen wird in Zentralküchen unter Aufsicht der Stadt zubereitet und in Ausgabestellen an alle Schichten der Berliner Bevölkerung zum Selbstkostenpreis verabreicht werden. Es ist bei den Ausgabestellen in der Zeit von 12—2 Uhr abzuholen; ausnahmsweise kann es dort verzehret werden. Als Preis sind 40 Pf. für die ganze Portion von etwa einem Liter und 20 Pf. für die halbe Portion in Aussicht genommen.

Den Personen, welchen das Essen (Eintopfgericht) verabreicht wird, werden zum Ausgleich jeweils für eine Woche bis auf weiteres 2/3 von der Fleischkarte und 1/3 von der Kartoffelkarte (berechnet auf die Dauer der Fleischkarte) in Anrechnung gebracht, wodurch eine Bindung an die Volksspeisung für diesen Zeitraum bedingt ist. Die übrigen Nahrungsmittelformen sollen vorläufig unberührt bleiben; jedoch behält sich der Magistrat eine Nachprüfung der Anrechnung der einzelnen Karten vor. Für den Bezug der Speisen werden ab Anfang jeder Woche Marken ausgegeben, welche für eine bestimmte Ausgabestelle und einen bestimmten Tag, jedoch nicht für eine bestimmte Person Gültigkeit haben. Zunächst ist es nötig, den Umfang der Nachfrage nach den Volksspeisungen festzustellen, um danach die ins Leben zu rufenden Einrichtungen abmessen zu können. Wer die Absicht hat, von der Einrichtung Gebrauch zu machen, wird behalber ersucht, die Liste auszufüllen. Auf das Erscheinen der angemeldeten Personen bei den Speisungen wird gerechnet.

Zur Fleischentnahme.

Der Magistrat teilt mit: Es hat sich herausgestellt, daß zahlreiche Fleischhändler in Verleumdung der Anordnungen des Magistrats die Nummern ihres Kundenverzeichnisses stundenweise aufrufen, d. h. belanggeben, daß von 7 bis 8 die Nummer soundso, von 8—9 eine weitere Nummernreihe usw. zum Kaufe kommt. Dieses Verhalten ist unzulässig. Die Bestimmung des Magistrats geht dahin, daß der Fleischhändler durch Aushang am Abend vor jedem Verkaufstage die Nummern des Kundenverzeichnisses bekannt zu geben hat, für welche an diesem Verkaufstage Ware vorhanden ist. Die Inhaber dieser Nummern aber sind dann an diesem Verkaufstage nicht an bestimmte Stunden gebunden, können vielmehr in der Zeit von 7 bis 1 Uhr vormittags und von 8 bis 8 Uhr abends einlaufen. Dadurch soll verhindert werden, daß die Kunden in bestimmter kurze Zeiträume zusammengedrängt werden; sie sollen vielmehr Kaufzeit während eines längeren Zeitraumes haben. Zugleich wird den Bevölkerungskreisen, welche vormittag nicht kaufen können, Gelegenheit gegeben, am Nachmittag den Bedarf zu decken.

Die Vermittel für den Handarbeitsunterricht der Mädchen.

In den Volksschulen werden die Vermittel bedürftigen Kindern auf Kosten der Gemeinde unentgeltlich gegeben. Das ist ein Vorbehalt gegenüber der von den Vertretern der Sozialdemokratie in den Gemeindeverwaltungen immer wieder aufgestellten Forderung, allen Volksschulkindern ohne Unterschied die Vermittel unentgeltlich zu liefern. So lange diese beabsichtigt, dem Gedanken der Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts nur entsprechende Forderung noch nicht erfüllt ist, sollte man wenigstens den Kreis der als bedürftig anzusehenden Kinder möglichst weit ziehen. Selbstverständlich gilt das ebenso bei dem Handarbeitsunterricht der Mädchen erforderlichen Vermitteln, also auch bei allen Stoffen, die zur Unterweisung in der Häherlei gebraucht werden. Die Ausgabe z. B. für ein paar Meter Hemdentuch, das im Handarbeitsunterricht als Vermittel nötig ist und von den Kindern mitgebracht werden soll, kann für manche Familie in Zeiten der Geldknappheit noch drückender sein als die Kosten eines Buches oder einiger Gesfte. Tatsächlich sind denn auch in Anerkennung der Wichtigkeit des Grundabes, daß Handarbeitsmaterial zu den Vermitteln gehört, bedürftigen Kindern hier ebenso wie bei den anderen Vermitteln das Erforderliche auf Gemeindefkosten geliefert. Aber wenn man schon bei der Lieferung von Büchern und Gesften bemüht ist, den Kreis der Bedürftigen nicht „zu weit“ zu ziehen, so wird bei Handarbeitsmaterial noch sorgfältiger darauf geachtet, nicht etwa diesem „Fehler“ zu verfallen.

Die Stadt Berlin hatte noch für 1914 nicht mehr als 3000 Mark für den Handarbeitsbedarf armer Kinder angesetzt. Dieser Betrag mußte dann durch die Ausgaben überschritten werden — der

größte Teil des Schuljahres fiel ja in die Kriegszeit — und die Aufwendungen stellten sich schließlich für das ganze Jahr auf 4400 Mark. Für 1915 wurden 5000 M. angesetzt, wobei der Magistrat die Erhöhung begründete mit den „ungünstigen Erwerbsverhältnissen“ und außerdem damit, daß der neue Lehrplan des Handarbeitsunterrichts im wesentlichen die Anfertigung von Gebrauchsgegenständen verlangt. (Daß so ein im Handarbeitsunterricht angefertigter „Gebrauchsgegenstand“ manchmal beim besten Willen nicht zu „gebrauchen“ ist, so daß die Eltern das dafür hingebene Geld einfach weggeworfen haben, wollen wir hier nur nebenbei erwähnen.) Ob für 1915 der erhöhte Betrag gerecht hat oder (wie wir vermuten) wieder noch überschritten werden mußte, ist bisher nicht bekannt geworden. Für 1916 hat man eine weitere Erhöhung des Voranschlags auf diesmal 7000 M. nicht umgehen zu können geglaubt, wobei wieder der Hinweis auf die besonderen Verhältnisse, auf die „andauernd ungünstigen Erwerbsverhältnisse“, die Begründung abgab. Uns ist nicht zweifelhaft, daß jetzt bei der Teuerung nicht nur der Lebensmittel, sondern auch aller anderen Waren, der Wunsch nach kostenloser Lieferung von Handarbeitsbedarf sehr viel lebhafter als sonst sein wird. Wir fürchten, daß da leicht auch die 7000 M. noch zu wenig sein könnten, um alle berechtigten Ansprüche zu befriedigen. Damit dem Stadtsäckel die Hergabe dieses Vermittels möglichst erspart werden kann, auch wenn bei den Eltern nicht sofort das Geld bereit liegt, es selber zu kaufen, scheinen in Berlin manche Lehrnerinnen ein Abzahlungsverfahren anzuwenden. Eine Kriegserfrau sagt uns, daß sie keine Eingabe um unentgeltliche Lieferung des Handarbeitsmaterials zu machen wage, weil sie die Kosten ja doch hinterher bezahlen müsse. Das ist eine durchaus irrtümliche Annahme. Wo den Eltern eine Abzahlung auferlegt wird, kann es sich nur darum handeln, daß die Lehrnerin den Bedarf im großen gekauft hat und von den einzelnen Kindern das Geld nach und nach in Abzahlungsbeiträgen einzieht. Vielen Eltern dürfte das als eine Erleichterung sehr willkommen sein, und dadurch ermöglicht sich ja auch der Preis etwas. Wer aber auf Kosten der Stadt das Handarbeitsmaterial erhalten soll, braucht nichts zu zahlen, auch nicht in Abzahlungsbeiträgen. Das wollen wir, um einem vielleicht weiter verbreiteten Irrtum entgegenzutreten, hier ausdrücklich feststellen. Niemand soll aus solchem Grunde zögern, den ihm zustehenden Anspruch zu erheben.

Daß Kinder ohne das erforderliche Handarbeitsmaterial bleiben, sollte eigentlich nicht zugelassen werden, kommt aber doch vor. Wenn das nach dem Stand des Unterrichts jeweils nötige Vermittel fehlt, beklagt man sich auch mal billiger. Man läßt die betreffenden Kinder andere Handarbeiten ausführen, beispielsweise müssen, wenn Hemdentücher gelehrt wird, aber einigen Kindern das Hemdentuch fehlt, diese an mitzubringender alter Wäsche kleine Näharbeiten machen. Jene Kriegserfrau sagt uns auch, daß ihr Mädcl, weil die mitgebrachte Näharbeit nicht mehr für die ganze Stunde ausreichte, Prägelein erhalten habe. Das Kind hätte rechtzeitig dafür sorgen müssen, daß weiteres Arbeitsmaterial zur Stelle war, meinte der prägende Rektor. Nicht immer dürfte das so ganz einfach sein wie der Herr Rektor sich das zu denken scheint.

Ja, die „hohen“ Löhne —!

Ueber die Höhe der Arbeitslöhne, die jetzt verdient werden, regen manche Leute sich nicht wenig auf. Eine Arbeiterin erzählt uns, wie ihr zu Wute war, als sie auf einer Straßenbahnfahrt ein diesbezügliches Gespräch zweier Herren mitanhören mußte. Sie selber hat noch nichts von dem angeblich so großartigen Lohn-einkommen gemerkt, aber das sich die beiden da den Mund zerrissen. Bei Siemens u. Halske in dem Glühlampenwerk Charlottenburg, wo sie arbeitet, hat sie es bisher zu einem Verdienst gebracht, der bei Mordlohn zwischen 10 und 12 Mark, bei Wochenlohn zwischen 14 und 15 Mark lag. Von diesem Lohn gehen ab die Wochenbeiträge für die Krankenversicherung, für die Invalidenversicherung sowie für den gelben „Wertverein“, dem bei Siemens u. Halske jeder Arbeiter und jede Arbeiterin angehören muß und zu dessen Gunsten jegliche bei den Lohnzahlungen die noch um einen Kriegszuschlag erhöhten Wochenbeiträge einbehalten werden. Bei solchem Arbeitsverdienst kann natürlich von dem üppigen Leben, das angeblich jetzt die Arbeiterinnen führen und gegen das auch jenes Straßenbahngespräch sich wandte, keine Rede sein. Mit 10—12 M. oder auch mit 14—15 M. soll mal in dieser Zeit bei der Teuerung aller Lebensmittel eine nur auf ihren Lohn angewiesene Arbeiterin versuchen, sich ein üppiges Leben zu leisten! Was sein, daß dort andere Arbeiterinnen, die besser eingearbeitet sind, mehr verdienen. Aber selbst wenn ein Lohn doppelt so hoch wäre, möchten wir die Arbeiterin sehen, die heute dabei große Sprünge machen könnte. Wenn doch die Herrschaften, die sich über „hohe“ Löhne ereifern, sich einmal klar machen könnten, auf welche Weise die Höchstlöhne erarbeitet werden. Mit Heberstunden, mit Einschränkung der Wachen für die Nachzeiten, mit Handarbeit im Hekttempo wird die Leistungsfähigkeit bis zum Außersten angespannt, natürlich auf Kosten der Gesundheit des Arbeiters und der Arbeiterin, so daß der erzielte Lohn schließlich vielleicht nicht mal den Einfluß aufwiegt.

Markenerlös der Landesversicherungsanstalt Berlin.

Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat in den ersten fünf Monaten d. J. rund fünf Millionen Mark aus Markenbeiträgen vereinnahmt. Gegen 1915 sind Mindereinnahmen in Höhe von rund 280 000 M. zu verzeichnen infolge größerer Betriebseinsparungen in der Textilwarenbranche, Konfektion usw.

Ausflüchter sollen sich mit Probiotant versehen.

Das Kriegsernährungsamt weist auf folgendes hin: Die Pfingsttage werden bei günstiger Witterung in diesem Jahre einen besonders großen Ausflüchtersverkehr bringen. Den Ausflüclern ist die Pfingsterholung und den Gastwirten die Einnahmen in dieser schweren Zeit wohl zu wünschen. Erpiere müssen aber ernstlich darauf hingewiesen werden, daß bei den bevorstehenden Grundfällen für die Verteilung der Lebensmittel auf die Versorgung größerer Ausflüclermengen aus den am Orte vorhandenen Lebensmitteln nicht zu rechnen ist. Den Ausflüclern werden zwar zur Versorgung von Kurzbedürftigen die nötigen Lebensmittel besonders zugewiesen werden, auf den Massenausflüchtersverkehr kann diese Maßregel aber ohne die anläßliche Bevölkerung, insbesondere die schwer arbeitenden Personen zu schädigen, unmöglich ausgedehnt werden. Jeder Ausflücler wird deshalb gut tun, sich die Nahrungsmittel aus dem Heimatort mitzubringen. Die Gastwirte werden sich darauf einrichten müssen, gegen Ablieferung der entsprechenden Mengen die Speisen herzustellen und zu liefern. Die Regelung der Bezahlung wird bei beiderseitigem guten Willen keine Schwierigkeiten bieten. Der alsbewährte Brauch, Familien dürfen ihren Kaffee „sohen“ muß in jetziger Zeit auch auf andere Lebensmittel sinngemäß ausgedehnt werden.

Stadtverordnetenversammlung.

14. Sitzung vom Donnerstag, den 8. Juni 1916, nachmittag 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorkleberstellvertreter Gassel eröffnet. Zur Vertretung steht zunächst die Vorlage betr. die Einziehung von Armenämtern im ganzen Stadtbezirk. Den Ausschußbericht erstattet Stadts. Selland (Linke). Die Vorlage ist mit einigen mehr formalen Änderungen vom Ausschuß zur Annahme empfohlen. Ohne Diskussion genehmigt die Versammlung den Entwurf in der Fassung des Ausschusses.

Danach wird dem Plan, 14 Armenämter mit örtlich anknäpfend gleichen Grenzen gleichzeitig zu errichten, grundsätzl. zugestimmt; die Bestimmung des Zeitpunktes für die Durchführung und die Bewilligung der Kosten unterliegt späterer Beschlußfassung. — In

Pfingstsonnabend, 1. und 2. Pfingstfeiertag fällt die juristische Sprechstunde aus.

Zwei neue Spielplätze in Groß-Berlin. In der weiteren Umgebung von Berlin werden demnächst zwei neue Spielplätze angelegt werden. In der Königshöhe läßt der Zweverband Groß-Berlin auf dem Gelände zwischen Baumküllerweg und Johannisthal einen großen Spielplatz errichten und in der Wuhlheide wird die Stadt Berlin in der Nähe des neuen städtischen Wasserwerkes eine derartige Anlage schaffen. Der Spielplatz der Stadt Berlin in der Wuhlheide soll so zeitig fertiggestellt werden, daß er noch in den kommenden großen Schulfesttagen vom Publikum benutzt werden kann.

Wegen Verabreichung von Kindern wurde gestern ein 18-jähriges Mädchen in der Uferstraße festgenommen.

Bezug von Hängematten. Zur bevorstehenden Reisezeit sei darauf aufmerksam gemacht, daß auch in diesem Jahre von den Zöglingen der städtischen Blindenanstalt eine große Anzahl Hängematten in allen Größen und zu allen Preisen aus bestem Rohstoff gefertigt worden sind und in der Anstalt Dranienstraße 26 I werktätlich von 8-12 Uhr zum Verkauf stehen. Gleichzeitig wird auf die in allen Größen vorräthigen Korbwaren, insbesondere auf verschleißbare Reisekörbe hinweisen, wie auch auf die umfangreiche und leistungsfähige Stuhlreiherei der Anstalt. Auf schriftliches oder telephonisches Erfragen (Amt Magistrat 286) werden Stühle aus der Wohnung abgeholt und wieder zugestellt.

Unterlagte Handelsbetriebe. Das Polizeipräsidium teilt mit: Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. September 1915 hat der Polizeipräsident von Berlin der Firma Albers u. Gerlt, hier, Großbeerstr. 86, sowie deren Mitinhaber Wilhelm Albers, ebendort wohnhaft, den Kaufmann Franz Julmann, Berlin-Weißensee, Elsfasserstraße 11, und Ernst Joseph, Berlin-Weißensee, Trarbacher Str. 6, wohnhaft, den Handel mit Nahrungsmitteln wegen Unzuverlässigkeit in Bezug auf diesen Handelsbetrieb untersagt. Das Geschäftslokal des Letzteren befindet sich hier, Burgstr. 20 (Vierhaus Börse).

Eine Diebin in Schwesterntracht treibt gegenwärtig im Westen Berlins und in Schöneberg ihr Unwesen. Sie hat es hauptsächlich auf Gastwirtschaften abgesehen, in denen nur eine Person zur Bedienung der Gäste vorhanden ist. Dort erscheint die Krankenschwester, die einen sehr guten Eindruck macht, immer zu einer Zeit, wenn die Schankräume leer sind. Sie bestiehlt dann irgend ein Gericht, das augenblicklich nicht vorrätig ist und erst zubereitet werden muß oder sie bittet den Wirt oder die Wirtin, ihr doch aus einer benachbarten Bäckerei Stets zu besorgen, welcher Wirtin natürlich der Krankenschwester gegenüber, die sich nur auf der Durchreise befinden will, gern entsprochen wird. Die Abwesenheit des Geschäftsinhabers benützt die falkische Schwester dann, um alle erreichbaren Lebensmittel, Getränke usw. zu stehlen und die Ladenkasse zu plündern. Selbst Zigarren und Zigaretten verschmäht die Diebin nicht, mitzunehmen. Die Gastwirte seien also vor dieser Diebin in Schwesterntracht dringend gewarnt.

Erhängen aufgefunden wurde in der Forst bei Friedrichshagen ein unbekannter junger Mann von etwa 18-20 Jahren. Er ist kaum mittelgroß, hat langes blondes Haar und trägt einen grau-blauen Anzug, schwarze Knöpfstiefel, ein weißes Hemd und eine schwarze karierte Sportmütze mit den Abzeichen der Fahrradwerke Brennabor und des Turnvereins Jahn. Bei ihm fand man eine Browningpistole, ein Portemonnaie mit 35 Pf., ein Taschentuch mit dem Zeichen H und Rembrandtkarten. Die Leiche wurde nach der Friedhofshalle in Friedrichshagen gebracht.

Gegen die Darlehndiener gehen Kriminalpolizei und Strafgericht scharf vor. Erst kürzlich zeigten ja auch die Verhandlungen gegen die Vermittler Binkler und Steinbock, die zu schweren Strafen verurteilt wurden, wie gemeingefährlich das Treiben dieser Blut-sauger ist. Jetzt wurde wieder ein „Goldvermittler“ verhaftet, ein Kaufmann Schneewogel, der in der Rosenhaller Straße seit drei Jahren wohnte. Dem in mittleren Jahren stehenden Manne werden ähnliche Geschäfte zur Last gelegt. Auch ihm war es im wesentlichen um die „Informationsgebühren“ zu tun, wenn er auch um den Schein zu wahren, ihn und wieder einmal wirklich Geld gab. Er wird auch beschuldigt, Wertpapiere, die ihm als Sicherheitsunterlagen gegeben wurden, für seine eigene Kasse verkauft zu haben. Als der Vermittler auf Grund mehrerer Anzeigen verhaftet werden sollte, war er verschwunden. Gestern gelang es jedoch, ihn zu ermitteln und zu festzunehmen. Er wurde wegen fortgesetzten Betruges dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Donat Herrnsfeld, Mitbegründer des Gebrüder-Herrnsfeld-Theaters ist gestorben. Mit seinem älteren Bruder Anton hatte er einen besonderen Typ in dem Gebrüder-Herrnsfeld-Theater geschaffen. Die beiden Herrnsfelds waren nicht nur Theaterdirektoren, sie verfaßten vielmehr ihre Stücke selbst und was die Hauptsache war, sie gaben ihnen durch Uebernahme der Hauptrollen erst das richtige Gepräge. Kann auch der literarische Wert der Komödien „Endlich allein“, „Die Partie Habrias“, „Hausierer Jodel“, „Der Blumentopf“ und wie sie alle noch heißen, nicht hoch eingeschätzt werden, die Hauptsache war und blieb, daß das Publikum über die komischen Situationen und Verwickelungen sich vor Lachen den Bauch hielt, zumal die Fäulei und Mauselei der beiden Herrnsfelds ihre besondere komische Seite hatte. Begonnen haben die Herrnsfelds ihre Laufbahn unter dem Namen „Budapester Possentheater“, das sie in einem im Alexanderplatz-Hotel gemieteten Saale untergebracht hatten. Später mimten sie lange Zeit in Kaufmanns Varietés in den Königs-solonaden, bis sie in der Kommandantenstraße sich ein eigenes Theater schufen.

Die Dampfschiffreederei Kahnt u. Herzer, Berlin O 2, veranstaltet an den drei Pfingstfeiertagen Extrafahrten ab Waisenbrücke nach Teupitz, Krampenburg, Neue Mühle und Siegenhals.

Die Fahrten durch den Hohenzollernkanal ab Reichstagsufer-Bahnhof Friedrichstraße werden in diesem Jahre, außer nach Schleuse Niederfinow und Werbellinsee, auch nach Neu-Ruppin Sonntags, Donnerstags und in den Ferien auch Dienstags stattfinden. Die Fahrten beginnen am Sonntag, den 18. Juni, abwechselnd nach den drei Richtungen. Näheres über die ersten Fahrten besagt das heutige Inserat. Pläne für den Sommer gibt die Reederei, Stralauer Brücke 4, Fernspr. Königs-platz 2062, gratis.

Aus den Gemeinden.

Teuerungszulagen für städtische Arbeiter und Beamte in Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung beriet am Mittwoch einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, durch den der Magistrat ersucht wird:

1. behufs Gewährung einer weiteren Teuerungszulage an die städtischen Beamten, Arbeiter und sonstigen Angestellten mit weniger als 3000 M. Jahreseinkommen ihr mit möglicher Beschleunigung eine Vorlage zu unterbreiten;
2. behufs Gewährung eines Sommerurlaubs für die in städtischen Diensten stehenden nichtständigen Arbeiter der Versammlung so zeitig eine Vorlage zu machen, daß der Urlaub noch in diesem Sommer gewährt werden kann.

Der Antrag fand bei allen Fraktionen lebhafteste Aufnahme, wenn die Redner auch in Einzelheiten von einander abwichen. So wurde u. a. die Herabsetzung der Grenze für die Teuerungszulagen auf 5000 M. und ein Zusammengehen mit den übrigen Groß-Berliner Gemeinden angeregt. Die Gewährung eines Urlaubs an solche Arbeiter, die infolge des Krieges ausbilsweise eingestellt und schon längere Zeit in städtischen Betrieben tätig sind, wurde allseitig begrüßt und der Erwartung Ausdruck verliehen, daß der Magistrat dem Antrage Folge leistet. Daß das der Fall sein wird, bleibt abzuwarten. Die Antwort des Bürgermeisters Dr. Raier, daß die

Lebensverhältnisse seit dem Oktober vorigen Jahres, wo die letzten Teuerungszulagen bewilligt sind, keine wesentlichen Veränderungen erfahren hätten, berechtigt gerade nicht zu besonders weit gesteckten Hoffnungen.

Beschränkung des Kartoffelbezugs für Charlottenburger Einwohner.

Charlottenburg war bekanntlich eine der wenigen Groß-Berliner Gemeinden, die sich weigerten, die Groß-Berliner Kartoffelkarten einzuführen. Dort konnte bisher noch jeder Einwohner so viel Kartoffeln beziehen, wie es sein Geldbeutel erlaubte. Dieser Zustand ist jedoch auf die Dauer unhaltbar geworden, und besonders in den letzten Tagen, als im Orte das Gerücht verbreitet wurde, die Kartoffeln würden bis zum Preise von 90 Pf. für 10 Pfund steigen. Die Folge davon war eine starke Nachfrage nach Kartoffeln, die sich jetzt zu einer Kartoffelknappheit entwickelt hat. Infolge dessen hat sich der Magistrat veranlaßt gesehen, anzuordnen, daß für diese Woche Speisekartoffeln nur noch gegen Vorlegung der Kartoffelkarten (68. Woche) abgegeben werden dürfen. Neben der Brotkarte muß auch die städtische Lebensmittelkarte vorgezeigt werden. Auf jeder Brotkarte werden nur 3 Pfund, auf einmal aber nicht mehr wie 18 Pfund abgegeben, die Brotkarten werden entwertet.

Die Eröffnung der B. Volkstüche in Schöneberg.

Monumentenstr. 35, findet am heutigen Tage statt. Die Verabfolgung der Speisen, die in der Küche eingenommen werden, geschieht vormittags von 11 bis 1 1/2. Das Abholen der Speisen für die außerhalb der Küche Essenben vor 11 bis 1 Uhr. Die halbe Portion kostet 25, die ganze 35 Pfennige.

Die 2. Mittelstands-Küche in der Bülowstr. 2 ist ebenfalls fertiggestellt. Dort werden die Speisen von 12 bis 2 1/2 Uhr zum Preise von 60 Pf. pro Portion verabfolgt. Speisen, die außerhalb der Küche eingenommen werden, müssen in der Zeit von 12 bis 2 Uhr abgeholt werden.

Die Abholer sind verpflichtet, die Karte für die Entnahme der Speisen schon am Tage vorher zu lösen.

Eiermarken in Potsdam.

Die Kriegsfürsorgeabteilung des Potsdamer Magistrats hat sich für die Einführung von Eiermarken entschieden, um eine gleichmäßige Verteilung dieses leider immer seelener werdenden Nahrungsmittels verbürgen zu können. Die bisher in Geltung befindliche Eintragung der bezogenen Anzahl von Eiern auf dem Lebensmittelausweis scheint sich also nicht bewährt zu haben. Der Markenzwang soll hauptsächlich das Einmischen verhindern.

Aus aller Welt.

Ein Amtsvorsteher als Befehlsverächter.

Vor dem Landgericht Stendal war der Amtsvorsteher Friedrich Schulze aus Zethlingen angeklagt, etwa 85 Zentner Rogtrotze (Moggen) trotz Verbot veräußert und verschrotet sowie mindestens 100 Zentner Getreide bei der Bestandsaufnahme zu wenig angegeben zu haben. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen des ersten Teils der Anklage zu 1000 Mark Geldstrafe, während es wegen des zweiten ungenügenden Beweises halber auf Freisprechung erkannte. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate Gefängnis beantragt. Sein Amt als Amtsvorsteher hat der Angeklagte niedergelegt. Wenn schon Leute, die als Befehlshüter bestellt sind, sich um die behördlichen Verfügungen nicht kümmern, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß sich andere Landwirte erst recht keine Beweispflichten machen.

Umfangreiche Postüberlegen hatte die Witwe Claher bezogen, die im Postamt von Hirschberg seit längerer Zeit als Aufsichterin beschäftigt ist. Einem diensttuenden Beamten fiel die geringe Anzahl der eingelieferten Feldpostpakete auf. Da auch sonst Verdachtsgründe vorlagen, wurde in der Wohnung der Frau Cl. eine polizeiliche Hausdurchsuchung vorgenommen, wo man eine ganze Wagenladung gestohlener Pakete fand, sorgsam aufgeschichtet, vorsand und weggeschaffen ließ. Die Diebin gestand ein, schon seit April vorigen Jahres die Diebstähle betrieben zu haben.

Große Hundernfänge in der Danziger Bucht. So riesig, wie vor einigen Monaten die Weillingefänge in der Danziger Bucht waren, schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, so gewaltig lassen sich auch die Hundernfänge an. Vor etwa vier Wochen hat der Hundernfang in der Danziger Bucht begonnen, während die Hundern zunächst spärlich waren, gefalteten sich jetzt die Fänge immer größer. — In Danzig, wo ein erheblicher Teil der Fänge verbleibt, beträgt jetzt der Höchstpreis für das Pfund Hundern 30 Pf. In den Großstädten wie überhaupt im Binnenlande merkt man allerdings nichts von dem reichen Fischreichtum. Dort ist der Fisch jetzt ein ebenso teures Nahrungsmittel wie das Fleisch.

Brantweinverbot in Norwegen. Jeglicher Verkauf und Ausschank von Brantwein ist, wie aus Kristiania despatcht wird, in ganz Norwegen verboten worden. Gleichzeitig wurde die Einfuhr von Brantwein, Wein, Bier und anderen alkoholischen Getränken untersagt. Die Verbote treten sofort in Kraft.

Lippa ist nicht Riß. Das Landwehrdivisionsgericht in Bilsen, bei dem sich der Landsturmmann Lippa in Untersuchungshaft befindet, hat, wie die „Karadni Listy“ melden, aus Budapest die Bestätigung erhalten, daß Lippa mit dem Frauenmörder Riß nicht identisch ist.

Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, in der Victoria-Brauerei, Lüthowstr. 112: Fortsetzung der Generalversammlung vom 6. d. Mts. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Rassenbericht des Vorstandes sowie Bericht der Kommissionen. 2. Aufstellung der Kandidaten zum Vorstand und zu den Kommissionen zu der am 18. Juni cr. stattfindenden Urwahl. 3. Wahl des Kreis-Bildungsausschusses sowie des Zentral-Wahlkomitees und Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung. 4. Verschiedenes.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter zu Hamburg (H. u. G.). Zentrale Baumküllerweg. Den in Rezepten wohnenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonnabend, den 10. Juni, abends von 8 1/2-10 Uhr, im Lokale von Borck, Eifenstr. 101 (Ecke Riechholzstraße), stattfindet wird.

Eingegangene Druckschriften.

Die Gibe. Vierteljahrschrift für Freundschaftsarbeit der Kirchen. Herausgeber: K. S. Schulze. 4. Jahrg. Nr. 2 und 3. Jährlich 3 M. — Geschäftsstelle: Berlin, Friedrichstr. 64.

Auslese der Lästigen. Von Dr. Hartnack. Geb. 1,20 M. — Tiere der Vorzeit. Von G. Haase. Leinenband 1,80 M. — Wissenschaft und Bildung. Bd. 54: Das Christentum im Weltanschauungskampf der Gegenwart. Von H. Dunsinger. — Bd. 111: Gesundheitspflege des Weibes. Von Prof. Dr. K. Strömman. Einzelb. geb. 1,25 M. — Quelle u. Meyer, Leipzig.

Anleitung zur Erhaltung der drei-jährigen Obsterte. Bearbeitet von Ulse Jannemann. 20 Pf. — C. Heymanns Verlag, Berlin W. 8.

Semper der Mann. Eine Künstler- und Kämpfergeschichte von D. Ernst. 5 M., geb. 6 M. — 2. Stadmann, Leipzig.

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
18. Abt. Bez. 812.
Am Mittwoch, den 7. Juni, verstarb unser Genosse, der Wasserbrenner
Friedrich Kullick
Badstr. 17.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäschung findet am Sonnabend, den 10. Juni, vormittags 11 Uhr, im Krematorium, Gleditschstraße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
927/11 Der Vorstand.

Am 7. Juni starb unser langjähriger Kollege, der Schriftsetzer
Hermann Schultz.
Ehre seinem Andenken!
Die Kollegen der Buchdruckerei Rosenthal u. Co.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 10. d. M., nachmittags 4 Uhr, auf dem Elisabeth-Friedhof, Birginallee, statt. [9022]

Als Opfer des Weltkrieges starb am 3. Juni im Lazarett infolge seiner Verwundung unser lieber Sohn und Bruder, der Kunstler
Erich Brandt
Zuf.-Reg. Nr. 20.
Familie Brandt
Margarete Brandt geb. Zietlir
nebst Tochter.

Rester-Handlung.
Kammgarn, Tuche, Chevots, blau und farbig.
Covorcoats, Staub- und Regenmütelstoffe.
Moderne Kostüm- u. Rockstoffe.
Taffte, Seiden, in schwarz und farbig, zu Kostümen, Mänteln, Kleidern u. Blusen.
Riesenauswahl i. Stoffen für Herren- und Knaben-Anzüge.
Damen - Konfektion.
Kostüme, Mäntel, Röcke usw. in großer Auswahl, ohne Preis-Erhöhung.
Gediegene Maßanfertigung.
Paul Karle,
Warschauer Straße 18.

Neue fertige Herren=
Ueberzieher u. Mäntel 30, 36, 39, 45-90 m. Röcke und Westen 35⁰⁰, 42⁰⁰, 54⁰⁰ m.
Elegante Anzüge 33, 39, 45, 54-85 m. Beinkleider 8⁵⁰, 8⁵⁰, 10⁵⁰, 12⁵⁰, 15-21⁰⁰ m.
Moderne Regenmäntel in Lodenstoffen von M. 22⁵⁰ an, in impr. Stoffen von M. 28⁵⁰ an, Gummi-Mäntel von M. 89⁰⁰ an.
Alle Weiten vorrätig. Gute Abarbeitung, vorzügliche Paßformen
Leichte Sommerkleidung.
Neu aufgenommen: Fesche Jünglings-Anzüge
moderne Sportformen, erstklassiger Sitz und Ausführung ganz außerordentlich preiswert
R. Landsberger G. m. b. H., Friedrichstraße 108
Ecke Johannstraße, gegenüber der Karlstraße. — Sonntags nur von 8-10 geöffnet.

Volkslieder
für Heim und Wanderung
im Auftrage der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands herausgegeben von Hermann Böse
Das Buch enthält auf 280 Seiten 300 Volkslieder mit Noten und eine Einführung in das Lautenspiel. 100 Lieder sind mit Akkordbezeichnung versehen, natürlich durchweg mit einfachen Harmoniegeängen. Klavier- und Lautenspieler werden diese Einrichtung willkommen sein.
Taschenformat in Leinen gebunden
Preis 1,50 Mark
Bei Partiebezug durch Vereine 60 Pfennig
Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Andenstraße 3

Möbelfabrik „Hoffnung“
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Berlin, Krauststraße 52.
Bilanz am 31. Dezember 1915.
Aktiva.
Kassenbestand 117,29
Barenbestand 21 923,--
Materialien 11 739,71
Rechnen 13 077,--
Werkzeuge 6 408,25
Utenzilien 1 464,--
Fähr und Wagen 800,--
Ruster und Modelle 900,--
Debtkoren 19 394,38
Bankkonto 2 038,--
Postkonten 88,68
Bankdepotistenkonto 1 000,--
Konto Dubio 4 000,--
Gewinn- und Verlustkonto 13 623,90
98 569,61
Passiva.
Kreditorenkonto 13 140,92
Reservekonto 903,50
Darlehenskonto 81 325,19
Anteilkonto 1 200,--
96 569,61
Am Jahre 1915 ist ein Genosse gestorben und ein Genosse ausgetreten. Am Schluß des Jahres waren 24 Genossen mit einem Gesamtgutachten und einer Gesamtsumme von 1200 M. vorhanden. Die Gesamtgutachten und die Gesamtsumme haben sich um 100 M. vermindert.
Der Vorstand.
G. Fenzler. W. Langer.
Arbeiter-
Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Pflanzen
für Garten- u. Balkonschmuck
Gemüsepflanzen,
Zäunereien und
Gartengeräte
empfehlen in bester Qualität
E. Boyse & Co. G. m. b. H. Berlin C. 25
b. H. Berlin C. 25
nur Landsberger Str. 66.